

Eine UN-Friedenstruppe für Irak

Andreas Zumach

Der jüngste Bericht über die Lage in Irak, den der UN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten Lynn Pascoe dem Sicherheitsrat Ende April 2008 vorlegte, beschönigt die Situation und räumt der Hilfsmision der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) Handlungsspielräume und Einwirkungsmöglichkeiten ein, die sie gar nicht hat. Hochproblematische Vorgänge und Entwicklungen, die nicht nur in internen diplomatischen Dossiers, sondern auch in den Medien sowie von in Irak tätigen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) ausführlich beschrieben wurden, werden in Pascoes Bericht nur am Rande erwähnt oder gar verschwiegen. Dazu gehören die systematischen ethnischen Säuberungen und andere menschenrechtlich und politisch höchst fragwürdige Maßnahmen, mittels derer in der zweiten Hälfte 2007 die vor allem von der amerikanischen Regierung gefeierte ›Verbesserung der Sicherheitslage‹ erreicht wurde. Ebenso unerwähnt bleiben die seit Mitte 2007 dramatisch ansteigende Zahl der Inhaftierten sowie die Rolle der rund 160 000 ausländischen Söldner (Mitarbeiter privater ›Sicherheitsfirmen‹), die dort ohne jede politische Kontrolle und in einem *de facto* rechtsfreien Raum handeln.

Einige dieser Fragen wurden in der Debatte des Sicherheitsrats über Pascoes Bericht Ende April zwar angesprochen. Doch auch der Sicherheitsrat drückte sich – wie Pascoes Bericht – um die zentrale Frage eines Abzugs der als ›multinationale Verbände‹ bezeichneten anglo-amerikanischen Besatzungstruppen. Schon kurz nach dem Krieg im Frühjahr 2003 galt, was – trotz aller inzwischen eskalierten innerirakischen Konflikt- und Gewaltdynamik – bis heute richtig ist: Ohne den vollständigen Abzug der Besatzungstruppen sowie der ausländischen Söldner ist die Chance auf eine nachhaltige Befriedung Iraks minimal.

Ein ersatzloser Abzug der Besatzungstruppen wäre allerdings verantwortungslos. Um den Staat Irak in seinen derzeitigen Grenzen zu erhalten und zu stabilisieren, bedarf es für einige Jahre einer starken und möglichst unparteiischen internationalen Präsenz im Lande – zivil und militärisch. Diese Aufgabe können – wenn überhaupt – nur die UN leisten, mit einem politischen Sonderbeauftragten in Bagdad und einer landesweit stationierten robusten Blauhelmtruppe mit mindestens 40 000 Soldaten. Hauptverantwortung des zivilen Sonderbeauftragten der UN wäre die aktive Vermittlung zwischen den verschiedenen Parteien und Fraktionen, um tragfähige Lösungen in den zentralen innenpolitischen Streitfragen (wie Verfassung, föderale Struktur, Verfügung über Öl und andere Bodenschätze) herbeizuführen.

Zweite Aufgabe des UN-Sonderbeauftragten wäre die Förderung und Koordinierung der Kooperation zwischen Irak und seinen fünf Nachbarstaaten Iran, Jorda-

nien, Saudi-Arabien, Syrien und Türkei, deren Regierungen sämtlich ihr Interesse am Erhalt Iraks in seinen derzeitigen Grenzen bekundet haben. Bedingung für die Stationierung einer Blauhelmtruppe wäre die Zustimmung der irakischen Regierung. Darüber hinaus sollte die Zustimmung aller derzeit im Parlament vertretenen politischen Parteien und ihrer Milizen unbedingt angestrebt werden. Mandat und Auftrag dieser UN-Friedenstruppe müsste sein, erstens die Sicherheit im Land zu gewährleisten, zweitens die außerhalb von regulären Armee- und Polizeieinheiten existierenden Waffen einzusammeln sowie drittens die irakische Armee bei der Ausbildung von Soldaten zu unterstützen.

Die UN-Truppe müsste aus Kontingenten solcher Staaten bestehen, die am Irak-Krieg von 2003 nicht beteiligt waren und ihn nicht unterstützt haben. In Frage kämen Länder mit UN-erfahrenen Streitkräften wie Kanada, Frankreich, Schweden, Finnland und Österreich sowie Argentinien oder Indien. Damit die UN-Truppe in der für die Aufgabe erforderlichen Größenordnung zustande kommt, wäre auch die Entsendung von Bundeswehrsoldaten wünschenswert. Ein Truppenverband aus der Region wäre sinnvoll, jedoch nur, wenn Soldaten aus allen fünf unmittelbaren Nachbarstaaten Iraks daran beteiligt wären.

Die Diskussion mit Washington über diese dringend erforderliche grundsätzliche Veränderung der Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung in Irak wird nach Antritt der neuen Regierung im Januar nächsten Jahres möglich werden – unabhängig davon, wer ins Weiße Haus einziehen wird.

Doch auch unabhängig von solchen grundsätzlichen Veränderungen können und müssen die UN-Mitgliedsstaaten schon heute sehr viel mehr tun, um das Leben für viele Millionen Irakerinnen und Iraker etwas erträglicher zu machen und die Lage in der Region zu entspannen. Vorrangig – das steht auch in dem Bericht von Pascoe – durch eine deutliche verstärkte finanzielle Unterstützung für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars, das sich mit völlig unzureichenden Ressourcen um über zwei Millionen Binnenvertriebene sowie um zwei Millionen irakische Flüchtlinge in Syrien und Jordanien kümmert. Hilfreiche wäre auch, wenn ein Teil dieser Flüchtlinge zumindest vorübergehend in Europa, Nordamerika, Australien oder anderen Weltregionen Aufnahme fände. Dass Deutschland stattdessen versucht, 18 000 irakische Flüchtlinge, die der Diktatur von Saddam Hussein entkommen waren, in ihre jetzt angeblich sichere Heimat abzuschieben, ist sicherlich nicht der richtige Weg und eine Ohrfeige für die UN. Mit der Korrektur dieser Politik und dem Engagement für eine UN-Truppe in Irak würde Deutschland dem vielbekundeten Interesse an einer Stabilisierung des Landes besser dienen.

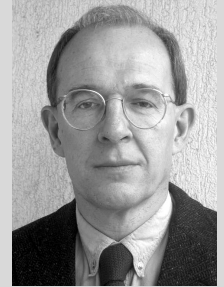


Foto: Kristin Flory

Andreas Zumach, geb. 1954, ist Korrespondent deutschsprachiger Rundfunkanstalten und Zeitungen (darunter der ›tageszeitung‹, Berlin) beim Genfer Büro der Vereinten Nationen.